

Regierungsratsbeschluss

vom 22. Februar 2005

Nr. 2005/503

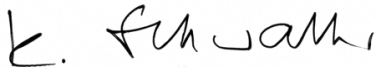
**Vernehmlassung zur Parlamentarischen Initiative (02.436). Vereinfachung der Umwelt-
verträglichkeitsprüfung sowie Verhinderung von Missbräuchen durch eine Präzisierung des
Verbandsbeschwerderechts
Schreiben an die Kommissionen für Rechtsfragen, Bern**

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 14. Dezember 2004 gelangt die Kommission für Rechtsfragen, Bern, an die Kantonsregierungen und ersucht sie um Stellungnahme zur Parlamentarischen Initiative in Sachen Vereinfachung der Umweltverträglichkeitsprüfung sowie Verhinderung von Missbräuchen durch eine Präzisierung des Verbandsbeschwerderechts.

2. Beschluss

Auf Antrag des Bau- und Justizdepartementes wird die Vernehmlassung zur Parlamentarischen Initiative (02.436) beraten und beschlossen.



Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben mit Fragebogen an die Kommissionen für Rechtsfragen

Verteiler

Regierungsrat
Bau- und Justizdepartement
Rechtsdienst BJD (La/br)
Rechtsdienst Justiz (FF)
Amt für Umwelt
Amt für Raumplanung
Amt für Verkehr und Tiefbau
Büro Kantonsrat

